

Wiesbaden, den 21. Juni 2002

Zuwanderungsgesetz

„Kein Wahlkampf auf dem Rücken der Migranten!“

Der Bundesausländerbeirat hat die Entscheidung des Bundespräsidenten, das Zuwanderungsgesetz zu unterschreiben, begrüßt.

Gleichzeitig warnte das Gremium die CDU/CSU, die Zuwanderungsfrage zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen. Die sensible und komplexe Frage der Zuwanderung, aber auch die des Miteinanders von Menschen unterschiedlicher Herkunft erfordere gerade nach der Unterzeichnung des Gesetzes eine differenzierte und vor allem sachliche Behandlung des Themas. Memet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirates: „Eine populistisch geführte Diskussion wird mehr Schaden anrichten als der Sache nützen.“ Es verbiete sich deshalb, die Neuregelung der Zuwanderung zum Gegenstand wahltaktischer Überlegungen zu machen.

Gleichzeitig warnte Kilic die Unionsparteien davor, die wichtigste Säule des Rechtsstaates, die Gewaltenteilung, wegen Wahlkampfzwecken zu missachten. „Wenn die Union verfassungsmäßige Bedenken hat, steht ihr der Weg zum Bundesverfassungsgericht selbstverständlich offen. Sie kann aber nicht zwei Sachen gleichzeitig tun: Einerseits das Höchste Gericht der Bundesrepublik einschalten und andererseits dessen Entscheidung vorgreifen, indem sie versucht, das Gesetz im Wahlkampf auf der Straße zu schlachten!“

Geschäftsstelle:

c/o AGAH

Kaiser-Friedrich-Ring 31

65185 Wiesbaden

tel.: 0611/ 98 99 5-0

fax: 0611/ 98 99 5-18